

Protokoll:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig begrüßt den Geschäftsführer des rheinland-pfälzischen Städtetages, Herrn Prof. Gunnar Schwarting. Zunächst übermittelt er ihm zu seinem Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche auch im Namen des Stadtrates und übergibt ein Weinpräsent.

Es folgt an dieser Stelle ein Vortrag mittels einer Power-Point-Präsentation, die dem Original der Niederschrift als Anlage beiliegt und im Ratsinformationssystem Session bei dazugehörigen Tagesordnungspunkt eingesehen werden kann.

Im Zusammenhang mit dem Vortrag werden folgende Wortbeiträge aus der Mitte des Stadtrates behandelt:

Rm Reinstädler (CDU) stellt fest, Prof. Schwarting habe in seinem Vortrag ausgeführt, 1/3 trage das Land. Das Land sei auch hoch verschuldet. Er fragt, ob das Land ebenfalls so etwas wie einen Entschuldungsfond habe.

Prof. Schwarting merkt an, er könne sich zu dem Haushalt des Landes nicht äußern. Allerdings habe sich das Land verpflichtet, dieses 1/3 zu tragen. Wie dies dann für den gesamten Landeshaushalt aussehe, dazu könne er wenig sagen. Er wisse, dies sei sehr ambitioniert, da das Land auch noch die Schuldenbremse einhalten wolle.

Rm Ackermann (Bündnis 90/ Die Grünen) verweist darauf, dass der Stadtrat heute eine Haushaltsstrukturkommission beschließen wolle. Ihn störe an der Sache, dass nur ein Teilbereich im Land betrachtet werde. Viel wichtiger sei nach seiner Auffassung, das gesamte Verschuldungspaket der Kommunen zu nehmen und diesbezüglich mit einem Entschuldungsfond zu arbeiten, um die Dinge zusammenzutragen, die wichtig seien. Beispielsweise müsse man wissen, wie weiterhin die kommunale Verteilung der einzelnen Steuerarten aussehe. Denn dieser Punkt müsse neu geregelt werden. Hier bewege man sich wiederum mit einem sehr bürokratischen Verfahren, das von der Kommunalpolitik bearbeitet werden müsse auf einem kleinen Teilbereich der Kassenkredite. Ihm wäre es viel wichtiger, die Gesamtverschuldung zu betrachten und dafür Lösungsvorschläge zu erhalten.

Weiterhin merkt Rm Ackermann (Bündnis 90 / Die Grünen) an, es gebe eine Aufsichtsbehörde, die seines Erachtens ihre Aufsichtsfunktion in den letzten Jahren nicht wahrgenommen habe. Sie habe z.B. Koblenz immer wieder attestiert, dass die letzten Haushaltssatzungen schlecht in die Zukunft weisen würden, habe aber einen Kulturbau auf dem Zentralplatz genehmigt, obwohl klar wäre, dass die Stadt Koblenz dafür kein Geld besitze. Wenn die Aufsichtsbehörde nicht ihre Aufgabe erfülle, dann müsse man noch eine Aufsicht für die Aufsichtsbehörde einrichten. Er wisse nicht, wie dies funktionieren solle. Aber man müsse an dieser Stelle generell ein ernstes Gespräch über die großen Probleme führen. Das gehörte sei nur ein kleiner Teilbereich.

Prof. Schwarting (Städtetag Rheinland Pfalz) merkt an, er werde sich verbandsbedingt zum Verhalten von Aufsichtsbehörden nicht äußern. Er habe allerdings vernommen, das Verhalten von Aufsichtsbehörden im Bundesgebiet sei unterschiedlich.

Ferner merkt er zur Frage des Volumens an, er würde einen deutlichen Unterschied zwischen Investitionsschulden und Kassenkrediten machen. Es sei immer Konsens gewesen, dass Investitionsschulden notwendig seien, weil damit Vermögenswerte geschaffen würden. Man könne darüber diskutieren, ob das letzte Drittel zu Lasten der Kommunen richtig sei oder nicht.

Aber dies sei eine Verhandlungsfrage. Er persönlich hätte nicht geglaubt, dass es überhaupt gelinge, zwei Drittel Unterstützung von Seiten des Landes zu erhalten. Recht habe der Vorredner insoweit, als damit die Verschuldungsprobleme der Städte nicht komplett gelöst seien.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann führt aus, die ersten Entwürfe hätte man so verstehen können, dass man, wenn man dem Fond beitrete, vorgeschrieben bekäme, was man an welcher Stelle zu sparen habe. Wenn sie die Angelegenheit richtig verstehe, dann entscheide die Kommune selbst, in welcher Form sie den Betrag aufbringe. Für Koblenz bedeute dies, dass man selbst ca. 1,3 Mio. Euro aufbringen müsste und dies sei mehr, als man in Zukunft sowieso hätte sparen müssen.

Prof. Schwarting (Städtetag Rheinland Pfalz) antwortet, die genaue Größenordnung sei noch nicht bekannt. Dies hänge aber damit zusammen, dass man in Rheinland-Pfalz unendlich viele kleine Ortsgemeinden habe und es seine Zeit benötige, bis die letzte Zahl ermittelt sei. Das Arbeitspapier enthalte jedoch Hinweise. Er bittet, das Arbeitspapier insoweit zu verstehen, dass es sich an jede Kommune in Rheinland-Pfalz richte. Es gebe keine Vorgaben, was die Kommunen im Einzelnen zu tun hätten.

Rm Assenmacher (CDU) dankt zunächst für den Vortrag. Er vertritt die Auffassung, der Hauptteil der Ausführungen sei eigentlich das, was sich die Kommune denken und anpacken könne, wenn sie überhaupt sparen wolle. Das habe mit dem Entschuldungsfond im engeren Sinne nicht soviel zu tun. Der Entschuldungsfond sei vom Text her sehr viel knackiger, als es der Referent soeben vorgetragen habe. Das Papier, das ohne demokratische Mitwirkung unterschrieben worden sei, sehe vor, dass die sich beteiligenden Kommunen in erster Linie ihr Vermögen einsetzen müssten zur Schuldentilgung und nur wenn sie dies erfüllten, in den Fond aufgenommen würden. Für eine Stadt wie Koblenz bedeute dies, sich radikal vom Vermögen zu trennen, um sich damit zu entschulden und gleichzeitig über den Beitrag trotzdem dafür zahlen müsste, damit Städte wie Mainz entschuldete würden.

Die Landesregierung zwinge damit alle Kommunen in die Entschuldung der Kommunen, die Schulden hätten. Gleichzeitig dränge sei damit Gemeinden, die vielleicht keine Schulden hätten, in Gebühren- und Steuererhöhungen, um über diese Hintertür die nicht vorhandenen Landeseinnahmen zu akquirieren. Nach seiner persönlichen Auffassung halte er dies für eine große Mogelpackung. Seines Erachtens müsse es in der Form einmal für Koblenz besprochen werden, um zu prüfen, welchen Sinn dies für die Stadt selbst mache. Diese Punkte habe der Referent so nicht vorgetragen.

Prof. Schwarting (Städtetag Rheinland Pfalz) merkt an, die Kommune entscheide für sich, ob sie es als sinnvoll erachte, am Entschuldungsfond teilzunehmen. Sein Part sei heute nicht, dem Rat der Stadt Koblenz zu sagen, dies zu tun. Die Stadt Koblenz sei eine Kommune, die unter dem Strich Nutznießer des Fonds sein könne, weil sie zwei Drittel aus dem Fond erhalte und aus dem Kommunalen Finanzausgleichsdrittel nur einen winzigen Teil als Stadt Koblenz wieder beisteuere.

Zweitens habe er ausgeführt, die Nichtbeteiligung für Kommunen mit umfangreichen Kassenkrediten sei mit einem hohen Begründungszwang unterlegt. Wenn seine Rechnung stimme, seien ca. 4,5 Mio. Euro jährlich aufzubringen und davon etwa 3 Mio. Euro aus dem Fond. Das sei der Sachverhalt. Die Stadt Koblenz müsste sonst schon gute Gründe aufweisen, warum sie auf die 3 Mio. Euro verzichte.

Das Thema Vermögen habe den Städtetag auch besonders beschäftigt, zumal die ersten Entwürfe rein fiskalisch gewesen seien. Vermögen verkaufe man nicht, wenn es unsinnig sei. Das habe er zuvor versucht, deutlich zu machen. D.h. es müsse eine wirtschaftliche Verwertung stattfinden und sie müsse mit der Daseinsvorsorge der Kommune auch im Einklang stehen.

Auf Anfrage aus der Mitte des Rates erläutert Herr Prof. Schwarting, die Vereinbarung enthalte eine Formulierung hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit und der Daseinsvorsorge zum Thema Vermögensveräußerung. Auf diesen Satz habe der Städtetag besonderen Wert gelegt. In dem Leitfaden, über den man nun rede, werde dies noch einmal genauso dargelegt. Ebenso habe der Städtetag Wert darauf gelegt, dass Investitionen nicht nur dann getätigt werden könnten, wenn diese unabweisbar seien, sondern zumindest dann, wenn sie wirtschaftlich wären, wobei die Wirtschaftlichkeit natürlich genau begründet sein müsse.

Rm Reinstädler (CDU) legt dar, es wäre doch besser für die Kommune, wenn sie es selbst schaffe, in eigener Verantwortung zu sparen. Das Land Rheinland-Pfalz sei ebenfalls hoch verschuldet und er wisse gar nicht, wie das Land die entsprechenden Mittel aufbringen wolle.

Zweitens habe Prof. Schwarting davon gesprochen, die Kommune müsste die Einnahmen erhöhen. Er sei diesbezüglich anderer Meinung. Als Finanzbeamter habe er einmal gelernt, man könne nicht mehr Geld ausgeben, wie man einnehme und müsse dann auf eine andere Weise sparen. Dieses Sparen sei für jeden eine ganz schwierige Sache. Wie er zuvor gelesen habe, hätte es der Kämmerer der Stadt Essen auch geschafft, entsprechend zu sparen. Er glaube, auch Koblenz sei Willens und in der Lage, zu sparen.

Ferner habe der Referent von Investitionen gesprochen. Investitionen seien meist gut. Aber es gebe auch schlechte Beispiele wie den Schienenhaltepunkt Mitte. Diesen hätte sich Koblenz gar nicht leisten können und dürfen, aber dieses Investment sei erfolgt mit der Konsequenz, dass man noch einige Jahrzehnte daran abbezahle. Dies sei im Grunde das Problem. Allerdings sei er nach wie vor der Meinung, Koblenz schaffe es alleine. Zumal heute auch noch die Bildung einer Haushaltsstrukturkommission auf der Tagesordnung stehe, die mit kompetenten Personen besetzt werden solle.

Prof. Schwarting (Städtetag Rheinland Pfalz) antwortet, natürlich wäre es besser, aus eigener Kraft zum Ziel zu kommen und sich nicht mit einem Dritten abhängig zu machen. Aber dies sei noch ein ganzes Stück ehrgeiziger, als es die Vereinbarung vorsehe.

Zweitens gehöre es auch dazu, dass über die Verteilung im Bundesstaat geredet werde. Es könne nicht so sein, dass die Kommunen insbesondere bei der sozialen Sicherung auf hohen steigenden Kosten sitzen blieben. Darüber müsse wie bei der „Grundsicherung im Alter“ diskutiert und nach einer Lösung gesucht werden.

Zum Beispiel Stadt Essen äußert Prof. Schwarting, Essen habe die Kurve auch noch nicht ganz gekriegt, aber der Kämmerer habe zumindest mit seinem Sparkurs versucht, umzusteuern. Wenn man die Verhältnisse der Stadt Essen kenne und um die Dimensionen wisse, dann erwarte man auch nicht, dies in wenigen Jahren zu schaffen.

Zum Thema Einnahmen merkt er an, er bewege sich auf einem ideologisch verminten Feld. Aber da er lange Erfahrungen gesammelt habe, erlaube er sich, zu sagen, der Staat sei für das, was er leisten wolle, hoffnungslos unterfinanziert. Es gebe zwei Seiten, auf denen man etwas tun könne. Aber die Kommunen hätten auf der Ausgabenseite Blöcke (z.B. Sozialausgaben), auf die sie keinen Einfluss nehmen könnten und gleichzeitig müssten sie darauf hoffen, von der übergeordneten Ebene entlastet zu werden.

Rm Sauer (CDU) fragt, ob sich der Städtetag auch mit den Ausschreibungsmodalitäten für kommunale Bauten befasse. Dies sei eine gesetzlich vorgegebene Angelegenheit, die aber den Kommunen unglaubliches Einsparpotenzial bei zukünftigen Ausschreibungen ermöglichen würde. Wenn man nicht kommunal sondern privat ausschreibe, könnte man in dieser Gelegenheit sehr viel Geld sparen und hätte noch eine Sicherheitsspanne eingebaut, wie dies im privaten Sektor erfolge.

Prof. Schwarting (Städtetag Rheinland-Pfalz) bestätigt, damit beschäftige sich der Städtetag natürlich auch, wobei er darauf hinweise, die öffentliche Vergabe habe auch etwas mit Sicherheit im Verfahren zu tun. Das Nachverhandeln sei nicht unproblematisch.

Zumindest bei den größeren Vergaben bewege man sich in Europa und somit gelte europäisches Recht. Natürlich habe die Vorrednerin mit ihrer Auffassung völlig Recht und diesen Punkt sehe der Städtetag auch. Es gebe eine Zahl, dass das Verfahren mit entsprechenden Nachweisen etc. als solches jährlich etwa 19 Mrd. Euro in Deutschland koste. Daran versuche man zu rütteln, aber dies sei eine schwierige Thematik.

Frau Brockmann-Kneip (Amt 20) weist darauf hin, dass das jährliche Defizit mehr als 50 Mio. Euro betrage. Der Konsolidierungsdruck sei vorhanden. Diesbezüglich gebe es heute auch einen entsprechenden Tagesordnungspunkt. Sie denke, es werde mindestens 1,2 Mio. Euro im Jahr bringen werde, wie dies das Anliegen aller sei. Wenn diese 1,2 Mio. Euro, die die Stadt Koblenz ohnehin sparen wolle, geeignet seien, auf Landesseite (über Landeshaushalt und Länderfinanzausgleich) weitere 2,4 Mio. Euro zu Gunsten der Stadt zu akquirieren und dies auf die nächsten 15 Jahre, wäre es doch kurzfristig, diesen Vorschlag abzulehnen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erinnert daran, heute stehe keine Entscheidung zum Beitritt der Stadt Koblenz zum Entschuldungsfond an. Dazu werde der Stadtvorstand zu gegebener Zeit eine Entscheidungsvorlage unterbreiten. Es bestehe jetzt allenfalls die Möglichkeit, Fragen an den Sachverständigen zu stellen.

Rm Ackermann (Bündnis 90 / Die Grünen) hält es für interessant zu erfahren, was die Verwaltung dieses Fonds kosten solle. Diesbezüglich müssten Verwaltungsstrukturen aufgebaut werden.

Prof. Schwarting (Städtetag Rheinland-Pfalz) bestätigt, der Vorredner spreche einen wichtigen Punkt an. Die Aufsichtsbehörde habe damit viel zu tun und auch die Stadt habe einige Lasten zu bewältigen, wobei das Haushaltsgenehmigungsverfahren sicher bereits heute aufwendiger sei. Diese Bürokratie sei kaum noch zu überbieten. Aber für die Landesseite wolle er diesbezügliche Konsequenzen nicht ausschließen, denn man dürfe nicht vergessen, man habe eine geteilte Genehmigungsinstanz. Für die kreisangehörigen Gemeinden sei dies nämlich der Kreis.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig dankt Herrn Prof. Schwarting für sein Kommen.